

## **Neueste Reform des Japanischen Erneuerbare Energien Gesetz (JEEG) zu Photovoltaik und Windkraft im Lichte eines liberalisierten Strommarktes und der Wiederbelebung der Regionen**

Die neueste Reform des RENA hat für Megasolar Projekte die maximale entschädigungslose Beschränkung der Stromabnahme von 30 Tagen p.a. (d. h. ca. 8.2% von 365 Tagen) auf 360 Stunden p.a. angehoben, und erlaubt den meisten Electric Power Companies als Netzbetreiber sogar noch höhere Beschränkungen. Die durchschnittliche Jahresmenge an Sonnenlicht umgerechnet in Mittagsstunden eines Sonnentages (Peak Hours) entspricht 1.200 Peak Hours. Ließe die 360 Stunden Regel aber die Abnahmeverweigerung von 360 Peak Hours zu, so ergäbe sich hieraus eine Steigerung der entschädigungslosen Beschränkung von 8.2% auf 30%. Ferner erlaubt ein METI Erlass den Netzbetreibern, die potentielle Instabilität ihres Netzes anmelden, jährliche Beschränkungen über 30 Tage oder über 360 Stunden hinaus entschädigungslos aufzuerlegen. Die vertragliche Anerkennung dieser Beschränkungen ist Voraussetzung des Anschlussvertrags, ohne den auch ein Abnahmevertrag mit Dritten unmöglich ist. So kann selbst ein neuer Versorger, der zurückgewiesenen Strom kaufen will, diesen nicht kaufen, es sei denn, dass der Netzbetreiber den Ankauf durch ihren Konkurrenten genehmigt. Entsprechendes gilt für Windkraft mutatis mutandis.

Mit den vorgenannten Maßnahmen zog das METI die Notbremse gegen die doppelte Herausforderung für fast alle Netzbetreiber durch (1) die Verweigerung der Wiederinbetriebnahme für alle 54 AKWs durch die Präfekturregierungen nach Fukushima, und durch (2) den Boom von Photovoltaik Anmeldungen für über 60 GWp in knapp 2 Jahren infolge des JEEGs und seiner anfänglich hohen Tarife. Das Ausmaß der Herausforderung mag ein Vergleich mit dem führenden Atom-Ausstiegsland und Vorreiter der Energie Reform klarmachen: Im 4. Jahr eines ausgewogenen 10-jährigen Ausstiegsplans betreibt Deutschland noch 9 von 33 AKWs, während der Aufbau von 76 Wp (je 38 GWp Photovoltaik und Wind) sich über 10 Jahre erstreckte. Wenn die Entwicklung in Japan die Energiewende in Deutschland also auf der Standspur zu überholen drohte, musste das METI wohl die Notbremse ziehen.

Falls aber das METI den Einsatz dieser Notbremse den Netzbetreibern überlassen sollte, so erlaubte es ihnen damit, die Konkurrenz von Photovoltaik und Windkraft durch die Entziehung ihrer wirtschaftlichen Grundlage auszuschalten (angesichts des Risikos, 30% des Jahresumsatzes zu verlieren). Dies kann offensichtlich nicht Absicht des METI sein und widerspräche auch nationalen wie internationalen Politikzielen der Liberalisierung des Strommarktes, des fairen Wettbewerbs, der Investitionsschutzverpflichtungen unter FTAs, sowie der Reduzierung von CO<sub>2</sub>. Die neuen Regeln verlangen zwar, dass der Netzbetreiber die Beschränkung in jedem einzelnen Fall genau zu begründen hat, sehen aber keine Sanktion für Missbrauch vor. Effektiver Schutz müsste den Netzbetreibern für Beschränkungen über 8% eine strikte Beweispflicht auferlegen, bei deren Nichterfüllung Entschädigung zu leisten ist.

Nicht zuletzt hatte der Photovoltaik Boom den Regionen Japans Investitionen von 15.000 Milliarden JPY (vorsichtig gerechnet mit 250 Millionen JPY per 1/MWp für insgesamt über 60 GWp) versprochen, mit erheblichem Anteil ausländischer Direktinvestitionen. Rund 40% der Gesamtinvestition der beantragten 60 GWp, also 6.000 Milliarden JPY (46 Milliarden Euro) fließen der lokalen Wirtschaft zu, und der größte Teil des Rests der nationalen Wirtschaft. Reduzierung von Photovoltaik auf weniger als 1/3 führt also zu einem Verlust an Investitionen von 4.000 Milliarden JPY (31 Milliarden Euro) für die Regionen und wird Japans Solarindustrie zu einer Zeit schwächen, zu der just China nach der globalen Führung Erneuerbarer Energien greift. Anstatt die Erneuerbaren Energien in Japan drastisch zu kürzen, könnte effektivere Steuerung durch vorgenannte Beweis- und Ersatzpflichten der Regierung Abe helfen, ihre Ziele der Wiederbelebung der Regionen und der Verdopplung von Direktinvestitionen nach Japan von 18.000 auf 35.000 Milliarden JPY zu erreichen. Zur Erreichung der Ziele könnten insbesondere bevorzugte Anschlussbedingungen beitragen für Projekte, die die lokale Wirtschaft beleben, wie z.B. die durch eine innovative Guideline des MOFFA ermöglichten Agri-Solar Modelle (die Land- und Energiewirtschaft der Zukunft).